

MATHÄUS MOGENDORF

Der strukturell unterlegene
Unternehmer
im Internationalen
Privat- und Verfahrensrecht

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

360

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

360

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann



Mathäus Mogendorf

Der strukturell unterlegene Unternehmer im Internationalen Privat- und Verfahrensrecht

Eine vergleichende Untersuchung des
europäischen und US-amerikanischen Rechts

Mohr Siebeck

Mathäus Mogendorf, geboren 1984; Studium der Rechtswissenschaften an der Bucerius Law School, Hamburg; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Internationales Privat- und Handelsrecht an der Bucerius Law School; Master of Laws an der University of California, Berkeley, School of Law; Referendariat am Kammergericht, Berlin; seit 2015 Rechtsanwalt in Berlin.

e-ISBN PDF 978-3-16-154589-4

ISBN 978-3-16-154563-4

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2016 Mohr Siebeck, Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädele in Nehren gebunden.

Meinen Eltern

Vorwort

Die vorliegende Arbeit hat im Wintersemester 2013/2014 der Bucerius Law School in Hamburg als Dissertation vorgelegen. Die mündliche Prüfung fand am 10. November 2015 in Hamburg statt. Literatur und Rechtsprechung konnten bis November 2015 ausgewertet werden.

Danken möchte ich zuvorderst meinem Lehrer Professor Dr. Karsten Thorn, der das Thema der Arbeit anregte und stets zu Diskussionen darüber bereit war. Die Zeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Promotionsstudent an seinem Lehrstuhl an der Bucerius Law School war juristisch wie persönlich außerordentlich bereichernd. Für die umfassende Unterstützung und Förderung meiner wissenschaftlichen Arbeit bin ich sehr dankbar. Professor Dr. Florian Faust gilt mein Dank für die Erstellung des Zweitgutachtens und für viele gute Ratschläge zum Thema dieser Arbeit.

Steven Leunert, Paul Hauser, Thomas Richter, Sarah Nietner und Alexander Iken waren stets bereit, sich mit meiner Arbeit auseinanderzusetzen. Ich danke Ihnen für unzählige wertvolle Anregungen. Tobias von Arciszewski und Nikolaus Schmidt-Hamkens haben dankenswerterweise das Korrekturlesen übernommen.

Ferner gilt mein Dank der Studienstiftung des deutschen Volkes, welche die Entstehung dieser Arbeit mit einem Promotionsstipendium gefördert hat.

Gewidmet ist diese Arbeit meinen Eltern. Auf ihre Unterstützung habe ich mich immer verlassen können.

Berlin, 10. Oktober 2016

Mathäus Mogendorf

Inhaltsübersicht

Vorwort	VII
Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einführung	1
§ 1 Gegenstand der Arbeit	1
§ 2 Ziel der Arbeit und Gang der Darstellung	4
Kapitel 1: Der strukturell unterlegene Unternehmer	6
§ 1 Der Subway-Fall	6
§ 2 Der Begriff des strukturell unterlegenen Unternehmers	6
§ 3 Merkmale struktureller Unterlegenheit	10
§ 4 Folgen struktureller Unterlegenheit	17
§ 5 Rechtspolitische Erwägungen zur Erforderlichkeit eines schützenden Eingriffs	20
Kapitel 2: Schutz auf Ebene des materiellen Rechts	26
§ 1 Deutsches Recht	26
§ 2 Überblick über weitere europäische Rechtsordnungen	35
§ 3 US-amerikanisches Recht	40
§ 4 Schlussfolgerung	46
Kapitel 3: Gerechtigkeit im Internationalen Privat- und Verfahrensrecht	51
§ 1 Ziele des Internationalen Privatrechts	51
§ 2 Übertragung auf das Internationale Zivilverfahrensrecht	57

§ 3 Die Vornahme eines Interessenausgleichs	58
Kapitel 4: Schutz auf Ebene des Internationalen Privatrechts.....	70
§ 1 Europäisches Kollisionsrecht	70
§ 2 US-amerikanisches Kollisionsrecht.....	156
§ 3 Rechtsvergleich.....	196
Kapitel 5: Schutz auf Ebene des Internationalen Zivilverfahrensrechts	215
§ 1 Europäisches Internationales Zivilverfahrensrecht.....	215
§ 2 Deutsches Internationales Zivilverfahrensrecht.....	236
§ 3 US-amerikanisches Zivilverfahrensrecht.....	293
§ 4 Rechtsvergleich.....	317
Kapitel 6: Systematisierung <i>de lege ferenda</i>	325
§ 1 Der persönliche Schutzbereich.....	328
§ 2 Die Ausgestaltung des Schutzes.....	345
Kapitel 7: Zusammenfassung und Ausblick	379
Literaturverzeichnis.....	381
Materialienverzeichnis	399
Sachregister	401

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XIX

Einführung	1
------------------	---

§ 1 Gegenstand der Arbeit	1
---------------------------------	---

§ 2 Ziel der Arbeit und Gang der Darstellung	4
--	---

Kapitel 1: Der strukturell unterlegene Unternehmer	6
--	---

§ 1 Der Subway-Fall	6
---------------------------	---

§ 2 Der Begriff des strukturell unterlegenen Unternehmers	6
---	---

§ 3 Merkmale struktureller Unterlegenheit	10
---	----

A. Wirtschaftliche Stärke	11
---------------------------------	----

B. Juristische und geschäftliche Unerfahrenheit	12
---	----

C. Unterlegene Marktmacht	13
---------------------------------	----

D. Informationsasymmetrie	14
---------------------------------	----

E. Zwischenergebnis	16
---------------------------	----

§ 4 Folgen struktureller Unterlegenheit	17
---	----

§ 5 Rechtspolitische Erwägungen zur Erforderlichkeit eines schützenden Eingriffs	20
---	----

Kapitel 2: Schutz auf Ebene des materiellen Rechts	26
§ 1 <i>Deutsches Recht</i>	26
A. §§ 84 ff. HGB	26
I. Handelsvertretervertrag	26
II. Vertragshändlervertrag	29
III. Franchising	31
B. Versicherungsrecht	32
C. § 307 BGB	32
I. Einführung	32
II. AGB-Kontrolle am Beispiel des Franchisevertrags	34
§ 2 <i>Überblick über weitere europäische Rechtsordnungen</i>	35
A. Handelsvertreterrecht in der EU	36
B. Sonstige Regelungen der Mitgliedstaaten	37
I. Überblick	37
II. Der Schutz des Subunternehmers	38
§ 3 <i>US-amerikanisches Recht</i>	40
A. Überblick	40
B. Rechtslage in den Einzelstaaten und im Bund	41
I. Bundesrecht	41
II. Rechtslage in den Einzelstaaten	43
§ 4 <i>Schlussfolgerung</i>	46
A. Erforderlichkeit des schützenden Eingriffs	47
B. Unterschiede in Schutzniveau und Regelungstechnik	48
C. Wettbewerb der Rechtsordnungen	49
 Kapitel 3: Gerechtigkeit im Internationalen Privat- und Verfahrensrecht	 51
§ 1 <i>Ziele des Internationalen Privatrechts</i>	51
A. Internationalprivatrechtliche Gerechtigkeit	51
B. „Materialisierung“ des IPR	54
§ 2 <i>Übertragung auf das Internationale Zivilverfahrensrecht</i>	57
§ 3 <i>Die Vornahme eines Interessenausgleichs</i>	58

A. Parteiautonomer Interessenausgleich	59
B. Erforderlichkeit der Begrenzung der Parteiautonomie	62
C. Herstellung internationalprivat- und verfahrensrechtlicher Gerechtigkeit	63
D. Die maßgeblichen Interessen	64
I. Schutz der strukturell unterlegenen Partei	64
II. Interessen der überlegenen Partei	65
III. Rechtssicherheit	65
IV. Internationaler Entscheidungseinklang	66
V. Ökonomische Analyse	68
 Kapitel 4: Schutz auf Ebene des Internationalen Privatrechts	70
§ 1 <i>Europäisches Kollisionsrecht</i>	70
A. Grundsatz der freien Rechtswahl	70
B. Einschränkungen der Parteiautonomie	71
I. Binnensachverhalt und Binnenmarktklausel	71
II. Verbraucher- und Arbeitnehmerschutz	73
III. Transportverträge	73
IV. Versicherungsverträge	74
1. Die Rechtslage nach der Rom I-Verordnung	75
a) Überblick	75
b) Die Beschränkungen der Rechtswahl nach Art. 7 Abs. 3	77
2. Der Schutzzweck der Norm	79
3. Die Abgrenzungskriterien	82
4. Zwischenergebnis	87
V. Schutz des Unternehmers durch Eingriffsnormen	88
1. Einführung	89
a) Sonderprivatrecht als Eingriffsnorm	89
b) Inländische Eingriffsnormen	93
c) Ausländische Eingriffsnormen	94
2. Die <i>Ingmar</i> -Entscheidung des EuGH	97
a) Urteil des EuGH und Schlussantrag des Generalanwalts	97
b) Analyse des Urteils	100
c) Schaffung von Richtlinienkollisionsrecht	109
d) Folgerungen aus der EuGH-Entscheidung	111
e) Zwischenergebnis	118
3. Die Subunternehmerentscheidung der Cour de cassation	119
a) Der Sachverhalt und die Entscheidung	119
b) Analyse des Urteils	121
c) Vereinbarkeit mit den Grundfreiheiten	124

d) Zwischenergebnis.....	130
4. Ergebnis.....	131
C. Objektive Anknüpfung.....	134
I. Einleitung.....	134
II. Franchise- und Vertriebsverträge.....	136
1. Interessenausgleich anhand der charakteristischen Leistung....	137
a) Franchiseverträge.....	137
b) Der Vertriebshändlervertrag.....	139
c) Kollisionsrechtlicher Interessenausgleich.....	140
2. Interessenausgleich anhand von Regelanknüpfungen zugunsten der schwächeren Partei.....	142
a) Die Schutzwirkung der Vorschriften.....	142
b) Rechtssicherheit.....	146
c) Internationaler Entscheidungseinklang.....	148
d) Rechtsökonomische Betrachtung.....	148
3. Zwischenergebnis.....	149
III. Versicherungsverträge.....	150
1. Rechtslage nach der Rom I-VO.....	151
2. Kollisionsrechtlicher Interessenausgleich.....	153
3. Zwischenergebnis.....	154
IV. Ergebnis.....	155
 § 2 US-amerikanisches Kollisionsrecht.....	156
A. Einleitung.....	156
B. Systematik des Internationalen Vertragsrechts im Restatement of the Law (Second) Conflict of Laws.....	160
I. Überblick.....	160
II. Rechtswahl.....	161
III. Objektive Anknüpfung.....	163
C. Einschränkungen der Rechtswahl nach § 187 Abs. 2 Restatement (Second) Conflict of Laws.....	165
I. Einführung.....	165
II. Prüfungsreihenfolge.....	166
III. <i>Fundamental Policy</i>	166
IV. Die international zwingende Durchsetzung der <i>lex fori</i>	171
1. <i>Three M Enterprises, Inc. v. Texas D.A.R. Enterprises, Inc., et al.</i>	171
a) Sachverhalt.....	171
b) Urteilsbegründung.....	172
c) Analyse.....	173
2. Tendenz des Heimwärtsstrebens.....	175

3. Günstigkeitsprinzip und räumlich begrenzter Anwendungswille	177
a) Die unterschiedlichen Strömungen in der Rechtsprechung ..	177
b) Stellungnahme	182
V. Die international zwingende Durchsetzung ausländischen Rechts	184
1. Durchsetzung forumsfremder <i>policy</i> gegenüber der <i>lex fori</i>	184
2. Durchsetzung der <i>lex fori</i> gegenüber forumsfremder <i>policy</i>	186
a) <i>Modern Computer Systems, Inc. v. Modern Banking Systems, Inc.</i>	186
b) Bewertung der Entscheidung	188
c) Schlussfolgerungen	190
VI. Zwischenergebnis	192
D. Objektive Anknüpfung	193
 § 3 Rechtsvergleich	 196
A. Regelungstechnik	196
I. Subjektive Anknüpfung	196
1. <i>Fundamental policy</i> und Eingriffsnormen	198
2. Zu berücksichtigende Rechtsordnungen	200
II. Objektive Anknüpfung	202
B. Internationalprivatrechtliche Gerechtigkeit	204
I. Schutzintensität	204
1. Subjektive Anknüpfung	204
2. Objektive Anknüpfung	209
II. Rechtssicherheit und Einzelfallgerechtigkeit	210
III. Rechtsökonomische Erwägungen	212
C. Ergebnis	213

Kapitel 5: Schutz auf Ebene des Internationalen

Zivilverfahrensrechts	215
-----------------------------	-----

§ 1 <i>Europäisches Internationales Zivilverfahrensrecht</i>	215
A. Internationale Zuständigkeit in Versicherungssachen	216
I. Überblick	217
II. Schutzintensität	218
III. Persönlicher Schutzbereich	220
IV. Räumlicher Schutzbereich	222
V. Zwischenergebnis	224
B. Allgemeine Missbrauchskontrolle	225

I. Zulässigkeit einer unionsrechtlichen Missbrauchskontrolle	226
1. Wortlaut	227
2. Historie	228
3. Systematik	228
4. Telos	230
II. Rückgriff auf die <i>lex causae</i> ?	231
III. Zwischenergebnis	233
C. Absicherung international zwingenden Rechts	233
D. Zwischenergebnis	236
 § 2 Deutsches Internationales Zivilverfahrensrecht	 236
A. Zulässigkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen	236
I. Verbleibender Anwendungsbereich des autonomen Zivilverfahrensrechts	 236
II. Der Sonderfall des § 215 VVG	237
1. Definition des Schutzbereichs	238
2. Bewertung	240
III. Überblick über § 38 ZPO	241
IV. Ansatzpunkte einer Kontrolle von Gerichtsstandsvereinbarungen	 244
V. Allgemeine Missbrauchskontrolle	246
1. Entwicklung der Rechtsprechung	247
2. Dogmatische Verankerung	248
a) Das auf eine allgemeine Missbrauchskontrolle anwendbare Recht	 249
b) Anwendbarkeit deutschen Rechts	250
c) Anwendbarkeit ausländischen Rechts	251
VI. Absicherung international zwingenden Rechts	255
1. Entwicklung der Rechtsprechung	256
2. Dogmatische Verankerung	259
3. Statthaftigkeit einer präventiven Prüfung	265
VII. Zwischenergebnis	270
1. Schutzwirkung	270
2. Rechtssicherheit	272
B. Zulässigkeit von Schiedsvereinbarungen	273
I. Struktur des Schiedsverfahrens	273
II. Allgemeine Missbrauchskontrolle	274
1. Das auf die Schiedsvereinbarung anwendbare Recht	274
2. Unwirksamkeit der Schiedsvereinbarung nach <i>lex causae</i>	277
3. Unwirksamkeit der Schiedsvereinbarung nach deutscher <i>lex fori</i>	 279
III. Absicherung international zwingenden Rechts	283

1. Aufhebungs- und Anerkennungsverfahren	284
2. Präventive Kontrolle im Einredevverfahren	285
a) Dogmatische Einordnung	286
b) Statthaftigkeit einer präventiven Kontrolle	287
c) Verlagerung der Prüfung in das Schiedsverfahren	289
IV. Zwischenergebnis	293
§ 3 US-amerikanisches Zivilverfahrensrecht	293
A. Einleitung	293
B. Zulässigkeit von Gerichtsstandsvereinbarungen	295
I. Grundsatz der Parteiautonomie	295
II. Einschränkungen aufgrund Missbrauchs überlegener Verhandlungsposition	297
III. Einschränkung aufgrund der Umgehung zwingenden Rechts	299
IV. Zwischenergebnis	303
C. Zulässigkeit von Schiedsvereinbarungen	303
I. Das auf Schiedsvereinbarungen anwendbare Recht	304
II. Einschränkungen aufgrund Missbrauchs überlegener Verhandlungsposition	307
III. Einschränkung aufgrund der Umgehung zwingenden Rechts	308
1. Bundesrechtliche <i>public policy</i>	309
2. Einzelstaatliche <i>public policy</i>	312
3. Aufhebung sowie Anerkennung und Vollstreckung	315
IV. Zwischenergebnis	316
§ 4 Rechtsvergleich	317
A. Regelungstechnik	317
I. Missbrauchskontrolle	317
II. Prozessuale Absicherung international zwingenden Rechts	318
III. Schaffung von zwingenden Schutzgerichtsständen	320
B. Internationalprozessrechtliche Gerechtigkeit	320
Kapitel 6: Systematisierung <i>de lege ferenda</i>	325
§ 1 Der persönliche Schutzbereich	328
A. Überblick	328
B. Modell 1: Allgemeine Kontrolle	328
C. Modell 2: Vertragstypenabhängige Kontrolle	329
D. Modell 3: Definition des strukturell unterlegenen Unternehmers	331
E. Stellungnahme	337

I. Identifikation der schwächeren Partei.....	337
II. Rechtssicherheit	339
III. Rechtsökonomische Betrachtung	341
IV. Zwischenergebnis	344
§ 2 Die Ausgestaltung des Schutzes.....	345
A. Internationales Privatrecht	345
I. Objektive Anknüpfung	345
II. Subjektive Anknüpfung.....	347
1. Modell 1: Ausschluss der Parteiautonomie.....	347
2. Modell 2: Erfordernis eines freien Aushandelns.....	348
3. Modell 3: Beschränkung der wählbaren Rechtsordnungen	348
4. Modell 4: Günstigkeitsprinzip	350
5. Stellungnahme	351
a) Schutz der schwächeren Partei	351
b) Interessen der strukturell überlegenen Partei	353
c) Rechtssicherheit	353
d) Rechtsökonomische Betrachtung	355
e) Zwischenergebnis.....	361
III. Ermittlung des Formstatuts	362
IV. Normvorschlag	364
B. Internationales Zivilverfahrensrecht	365
I. Kontrolle bereits im Erkenntnisverfahren.....	365
II. Beschränkung von Gerichtsstandsvereinbarungen	366
III. Kläegergerichtsstand.....	368
1. Binnenmarktsachverhalte.....	370
2. Sachverhalte mit Drittstaatenbezug	371
3. Zwischenergebnis	373
IV. Besonderheiten für Versicherungssachen	375
V. Vollstreckung.....	375
VI. Schiedsverfahrensrecht	376
VII. Normvorschlag	377
Kapitel 7: Zusammenfassung und Ausblick	379
Literaturverzeichnis.....	381
Materialienverzeichnis	399
Sachregister	401

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
ABl. EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft (1958 ff.)
ABl. EU	Amtsblatt der Europäischen Union (2003 ff.)
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (1820 ff.)
AEntG	Gesetz über zwingende Arbeitsbedingungen für grenzüberschreitend entsandte und für regelmäßig im Inland beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vom 26.02.1996 (BGBl. I S. 227 ff.)
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union in der Fassung der Bekanntmachung vom 9.4.2008 (ABl. EU Nr. C 115 vom 09.05.2008, S. 47 ff.)
AG	Amtsgericht
Am. J. Comp. L.	The American Journal of Comparative Law (Ann Arbor, Michigan, 1952 ff.)
Am. J. Trial Advoc.	American Journal of Trial Advocacy (Birmingham, Alabama, 1972 ff.)
AnwBl.	Anwaltsblatt (1926–1933, 1951 ff.)
AnwK	Anwaltkommentar
App. Div.	Appellate Division
Art.	Artikel
ATTR	Antitrust & Trade Regulation Report (Washington, D.C., 1961 ff.)
Aufl.	Auflage
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters (1958–1974)
BAG	Bundesarbeitsgericht
BB	Betriebs-Berater – Zeitschrift für Recht, Steuern und Wirtschaft (1946 ff.)
Bd.	Band
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch vom 19.08.1896 (RGBl. S. 195 ff.)
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen (1951 ff.)
Brüssel I-VO	Verordnung (EG) Nr. 44/2001 des Rates vom 22.12.2000 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. EG Nr. L 12 vom 16.01.2001, S. 1 ff.)

Brüssel Ia-VO	Verordnung (EU) Nr. 1215/2012 des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 12.12.2012 über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (ABl. EU Nr. L 351 vom 20.12.2012, S. 1 ff.)
BT-Drucks.	Drucksachen des Deutschen Bundestages (1949 ff.)
Bus. Law.	Business Lawyer (Chicago, 1946 ff.)
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzw.	beziehungsweise
Cal.App.3rd / 4th	California Appellate Reports, Third / Fourth Series
Bus. & Prof. Code	Business and Professions Code
Cal. L. Rev.	California Law Review (Berkeley, 1912 ff.)
Cass.	Cour de cassation (Frankreich)
Cass. civ.	Cour de cassation, chambre civile (Frankreich)
Cass. com.	Cour de cassation, chambre commerciale (Frankreich)
C. D.	(Federal District Court for the) Central District (of)
Cir.	Circuit of the Court of Appeals
CMLR	Common Market Law Review (Den Haag, 1963 ff.)
Cornell L. Rev.	Cornell Law Review (Ithaca, 1915 ff.)
Cornell Int'l L. J.	Cornell International Law Journal (Ithaca, 1968 ff.)
D	Recueil Dalloz (Paris, 1924–1944; 2003 ff.)
D.	United States District Court
DB	Der Betrieb (1948 ff.)
Del. Code Ann.	Delaware Code Annotated
ders.	derselbe
dies.	dieselbe(n)
d.h.	das heißt
DStR	Deutsches Steuerrecht (1991 ff.)
Duke L. J.	Duke Law Journal (Durham, North Carolina, 1957 ff.)
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht (1999 ff.)
ebd.	ebenda
E. D.	(Federal District Court for the) Eastern District (of)
EFZG	Gesetz über die Zahlung des Arbeitsentgelts an Feiertagen und im Krankheitsfall (Entgeltfortzahlungsgesetz) vom 26.05.1994 (BGBl. I S. 1014)
EG	Europäische Gemeinschaft(en)
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 07.02.1992 (BGBl. II S. 1253, 1256) in der Fassung vom 02.10.1997 (BGBl. II S. 287)
Einl.	Einleitung
Entrepreneurial Bus. L. J.	Entrepreneurial Business Law Journal (Buffalo, New York, 2006 ff.)
EU	Europäische Union
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGHE	Sammlung der Rechtsprechung des Gerichtshofes und des Gerichts Erster Instanz der Europäischen Gemeinschaften
EuGVÜ	Brüsseler EWG-Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Vollstreckung gerichtlicher Entschei-

	dungen in Zivil- und Handelssachen vom 27.9.1968 (BGBl. 1972 II S. 774 ff.)
EuLF	The European Legal Forum, deutschsprachige Ausgabe (2000–2004)
EuÜ	Genfer Europäisches Übereinkommen über die internationale Handelsschiedsgerichtsbarkeit vom 21.4.1961 (BGBl. 1964 II S. 426)
EUV	Vertrag über die Europäische Union in der Fassung des Vertrags von Lissabon vom 13.12.2007 (konsolidierte Fassung: ABl. EU Nr. C 115 vom 09.05.2008, S. 13 ff.)
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (1990 ff.)
EVÜ	Römisches EWG-Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht vom 19.06.1980 (BGBl. 1986 II S. 810)
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht (1985 ff.)
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht, Betriebs-Berater für Europarecht (1990 ff.)
EuZ	Zeitschrift für Europarecht (Zürich, 1998 ff.)
f.	folgende/r
F.2d	Federal Reporter, Second Series
F.3d	Federal Reporter, Third Series
FAA	Federal Arbitration Act (9 U.S.C. §§1–16; 201–208)
Fed. Appx.	Federal Appendix
ff.	folgende
Fn.	Fußnote
Ford. L. Rev.	Fordham Law Review (New York, 1914 ff.)
Franchise L. J.	Franchise Law Journal (Chicago, 1968 ff.)
FS	Festschrift
F.Supp.	Federal Supplement
F.Supp. 2d	Federal Supplement, Second Series
ggf.	gegebenenfalls
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht (2003 ff.)
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 27.07.1957 (BGBl. I S. 1081)
HandelsvertreterRL	Richtlinie 86/653/EWG des Rates vom 18.12.1986 zur Koordinierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten betreffend die selbständigen Handelsvertreter (ABl. EG Nr. L 382 vom 31.12.1986, S. 17)
HGB	Handelsgesetzbuch vom 10.05.1897 (RGBl. S. 219)
h.L	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
HOAI	Honorarordnung für Architekten und Ingenieure vom 17.09.1976 (BGBl. I S. 2805)
Hous. J. Int'l L.	Houston Journal of International Law (Houston, 1978 ff.)
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
i.d.R.	in der Regel
Ill. App. 3d	Illinois Appellate Court Reports, Third Series

i.S.d.	im Sinne des / der
i.V.m.	in Verbindung mit
IHR	Internationales Handelsrecht (1999 ff.)
Ill. Rev. Stat.	Illinois Revised Statute
Int'l Law.	The International Lawyer (Chicago, 1967 ff.)
IPR	Internationales Privatrecht
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts (1981 ff.)
IPRG	Schweizerisches Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht vom 1.1.1989 (AS 1988, S. 1776 ff.)
IZVR	Internationales Zivilverfahrensrecht
JBl.	Juristische Blätter (Wien, 1872 ff.)
JALC	The Journal of Air Law and Commerce (Chicago, Dallas, 1930 ff.)
J. Int'l Arb.	Journal of International Arbitration (Den Haag, 1984 ff.)
JbPraxSchG	Jahrbuch für die Praxis der Schiedsgerichtsbarkeit (1988–1991)
JR	Juristische Rundschau (1947 ff.)
J. Priv. Int'l L.	Journal of Private International Law (Oxford, 2005 ff.)
JZ	Juristenzeitung (1951 ff.)
LA Rev. Stat.	Louisiana Revised Statute
LG	Landgericht
lit.	littera
Marq. L. Rev.	Marquette Law Review (Milwaukee, 1916 ff.)
M. D.	(Federal District Court for the) Middle District (of)
Md. L. Rev.	Maryland Law Review (Baltimore, 1936 ff.)
Misc. 2d	Miscellaneous Reports, Second Series
Minn. Stat.	Minnesota Statute
MünchKomm	Münchener Kommentar
MuSchG	Gesetz zum Schutze der erwerbstätigen Mutter (Mutter-schutzgesetz), in der Fassung der Bekanntmachung vom 20.06.2002 (BGBl. I S. 2318)
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
N. C. App.	North Carolina Appellate Court Reports
N. D.	(Federal District Court for the) Northern District (of)
N. E. 2d	North Eastern Reporter, Second Series
Neb. Rev. St.	Nebraska Revised Statute
NiPR	Nederlands internationaal privaatrecht ('s-Gravenhage, 1983 ff.)
NJOZ	Neue juristische Online-Zeitschrift (2001 ff.)
N.J. Stat. Ann.	New Jersey Statute Annotated
N.J. Super	New Jersey Superior Court Reporter
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (1947 ff.)
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht (1986 ff.)
NK-BGB	Nomos Kommentar Bürgerliches Gesetzbuch
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (1982 ff.)
NY	New York
OGH	Österreichischer Oberster Gerichtshof

OLG	Oberlandesgericht
Or. Rev. Stat.	Oregon Revised Statute
P. 3d	Pacific Reporter, Third Series
PWW	Prütting/Wegen/Weinreich, BGB Kommentar
R + S	Recht und Schaden (1974 ff.)
Rabelsz	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht (1927 ff.)
RDC-TBH	Revue de Droit Commercial – Tijdschrift voor Belgisch Handelsrecht (Brüssel, 1983 ff.)
Rev. crit. dr. int. pr.	Revue critique de droit international privé (Paris, 1934 ff.)
Rev. dr. immob.	Revue de droit immobilier (Paris, 1979 ff.)
RGBl.	Reichsgesetzblatt
Riv. dir. int. priv. e proc	Rivista di diritto internazionale privato e processuale (Padua, 1965 ff.)
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft, Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters (1975 ff., vorher AWD)
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rom I-VO	Verordnung (EG) Nr. 593/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17.06.2008 über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom I), ABl. EU Nr. L 177 vom 04.07.2008, S. 6 ff.
Rom II-VO	Verordnung (EG) Nr. 864/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11.07.2007 über das auf außervertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht (Rom II), ABl. EU Nr. L 199 vom 30.07.2007, S. 40 ff.
Rs.	Rechtssache
S.	Seite
s.	siehe
SchiedsVZ	Zeitschrift für Schiedsverfahren (2003 ff.)
S. Ct.	Supreme Court Reporter
S. D.	(Federal District Court for the) Southern District (of)
S. E. 2d	South Eastern Reporter, Second Series
Sem. Jur.	Semaine Juridique (Paris, 1927 ff.)
s. o.	siehe oben
So. 2d	Southern Reporter, Second Series
s. u.	siehe unten
SubUntG	Französisches Subunternehmergesetz, Loi n° 75-1334 du 31 décembre 1975 relative à la sous-traitance (Journal Officiel vom 03.01.1976, S. 80 ff.)
S. W. 3d	South Western Reporter, Third Series
Tex. Int'l L. J.	Texas International Law Journal (Austin, 1972 ff.)
Tex. L. Rev.	Texas Law Review (Austin, 1922 ff.)
Tul. L. Rev.	Tulane Law Review (New Orleans, 1929 ff.)
u. a.	unter anderem
U. Chi. L. Rev.	University of Chicago Law Review (New York, 1933 ff.)
UCLA L. Rev.	University of California, Los Angeles, Law Review (Los Angeles, 1953 ff.)

U. Kan. L. Rev.	University of Kansas Law Review (Lawrence, Kansas, 1952 ff.)
UNÜ	New Yorker UN-Übereinkommen über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche vom 10.06.1958 (BGBl. 1961 II S. 122)
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte vom 09.09.1965 (BGBl. I S. 1273)
U. S.	United States Reports
U. S. C.	United States Code
v.	versus
Vand. J. Transnat'l L.	Vanderbilt Journal of Transnational Law (Nashville, 1967 ff.)
Vand. L. Rev.	Vanderbilt Law Review (Nashville, 1947 ff.)
verb.	verbundene
VersR	Versicherungsrecht, Juristische Rundschau für die Individualversicherung (1950 ff.)
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
Vor	Vorbemerkung
VuR	Verbraucher und Recht (1986 ff.)
Wash. L. Rev.	Washington Law Review (Seattle, 1925 ff.)
Wash Rev. Code	Washington Revised Code
W. D.	(Federal District Court for the) Western District (of)
WiB	Wirtschaftsrechtliche Beratung (1994–1997)
Wis. L. Rev.	Wisconsin Law Review (Madison, Wisconsin, 1920 ff.)
WL	Westlaw Citations
WM	Wertpapier-Mitteilungen (1947 ff.)
Yale L. J.	Yale Law Journal (New Haven, Connecticut, 1892 ff.)
YbPIL	Yearbook of Private International Law (Den Haag, 1999 ff.)
z. B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht (1993 ff.)
ZfRV	Zeitschrift für Rechtsvergleichung, Internationales Privatrecht und Europarecht (Wien, 1991 ff.); davor Zeitschrift für Rechtsvergleichung (Wien, 1960–1990)
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht (1962 ff.)
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (1980 ff.)
ZPO	Zivilprozessordnung vom 30. Januar 1877 (RGBl. S. 83)
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik (1968 ff.)
ZVglRWiss	Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft (1878 ff.)
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß (1943 ff.)

Einführung

§ 1 Gegenstand der Arbeit

„Die Parteiautonomie verliert ihren Sinn – ebenso wie die materiellrechtliche Vertragsfreiheit –, wenn sie zur Herrschaft des Stärkeren über den Schwachen wird.“¹

Diesen Gedanken formulierte *Neuhaus* bereits im Jahre 1962. Zu dieser Zeit, in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts, entwickelten sich Ansätze zu einem systematischen Schutz einer als strukturell unterlegen empfundenen Partei im europäischen Internationalen Vertrags- und Zivilverfahrensrecht. Bereits im Brüsseler Gerichtsstands- und Vollstreckungsübereinkommen von 1968² finden sich Schutzbestimmungen zugunsten von Versicherungsnehmern und Teilzahlungskäufern.³ Das römische EWG-Übereinkommen über das auf vertragliche Schuldverhältnisse anzuwendende Recht von 1980 (EVÜ)⁴ sah eine Beschränkung der Parteiautonomie zugunsten von Verbrauchern und Arbeitnehmern vor.⁵ Nach dem Bericht zum EVÜ von *Giuliano* und *Lagarde* ist Telos dieser Sonderregeln „eine geeignetere Regelung für Sachverhalte zu finden, bei denen die Interessen der Vertragschließenden nicht auf der gleichen Ebene liegen, um damit jener Partei, die in diesem Zusammenhang sozial und wirtschaftlich als die schwächere anzusehen ist, einen angemesseneren Schutz zu gewähren.“⁶ Insbesondere zugunsten des Verbrauchers flankieren diese Vorschriften den gleichzeitig entstandenen materiellrechtlichen Verbraucherschutz.⁷ Ziel dieser Regelungen ist der Schutz einer ihrem Vertragspartner gegenüber als strukturell unterlegen angesehenen Partei.⁸

¹ *Neuhaus*, Die Grundbegriffe des Internationalen Privatrechts, S. 172.

² Art. 7–12 sowie 13–15 EuGVÜ.

³ Zum Schutzzweck: *Jenard*-Bericht, ABl. EG Nr. C 59 vom 05.03.1979, S. 33.

⁴ Art. 5, 6 EVÜ.

⁵ Bericht *Giuliano/Lagarde*, ABl. EWG Nr. C 282 vom 31.10.1980, S. 20 f. und 22 f.

⁶ Bericht *Giuliano/Lagarde*, ABl. EWG Nr. C 282 vom 31.10.1980, S. 22 f.

⁷ *Kluth*, Grenzen des kollisionsrechtlichen Verbraucherschutzes, S. 23; grundlegend zum Verbraucher als unterlegener Partei: *Dauner-Lieb*, Verbraucherschutz, S. 63 ff.

⁸ von *Hoffmann*, *RabelsZ* 38 (1974), 396, 399; *MünchKommBGB/Martiny* Art. 8 Rom I-VO Rn. 2; *Staudinger/Magnus* Art. 6 Rom I-VO Rn. 1.

In jüngerer Vergangenheit taucht die Frage auf, inwieweit im internationalen Rechtsverkehr auch zwischen kommerziell tätigen Parteien ein Schutz des Schwächeren erforderlich ist.⁹ Im Zuge der Ausdehnung des kollisions- und verfahrensrechtlichen Verbraucherschutzes ist in der Literatur immer wieder festgestellt worden, dass keinesfalls allein Verbraucher schutzbedürftig seien, sondern dass es auch zwischen Klein- und Großunternehmen zu Asymmetrien kommen könne.¹⁰ Zunächst blieb dieser Befund ohne Konsequenz. Noch 1974 stellte *von Hoffmann* fest, die Vorstellung, dass im internationalen Handelsverkehr durch Vertragsfreiheit zugleich Vertragsgerechtigkeit verbürgt werde, sei weitgehend ungebrochen. Staaten würden ihre eigene Vorstellung von Vertragsgerechtigkeit hinter dem Nutzen der Teilhabe am freien internationalen Handelsverkehr zurückstellen.¹¹ Diese Feststellung scheint nicht länger haltbar.¹² Vielmehr finden sich in Gesetzgebung wie Rechtsprechung Hinweise darauf, dass auch ein Schutz des strukturell unterlegenen Unternehmers rechtspolitisch gewollt ist und *de lege lata* bereits existiert.¹³ Ausgangspunkt ist das materielle Recht, in welchem sich eine Vielzahl von Schutzbestimmungen auch zugunsten kommerziell tätiger Parteien finden. Im deutschen Recht sind dies etwa die Kontrolle Allgemeiner Geschäftsbedingungen nach § 307 BGB¹⁴ sowie die Regelungen der §§ 84 ff. HGB zugunsten des Handelsvertreters, deren analoge Anwendung auf Franchisenehmer und Vertriebshändler erwogen wird.¹⁵ Im belgischen Recht schreibt ein Gesetz Ansprüche des Vertragshändlers fest,¹⁶ in mehreren europäischen Staaten, zuvorderst in Frankreich, existieren Schutzvorschriften zugunsten des Subunternehmers.¹⁷ Die europäischen Versicherungsrichtlinien sehen Begünstigungen auch zugunsten des kommerziell tätigen Versicherungsnehmers

⁹ *von Hoffmann*, IPRax 1989, 261, 266; *Kroeger*, Der Schutz der marktschwächeren Partei, S. 69 ff.; *Sachse*, Der Verbrauchervertrag, S. 100 f.; *Thorn*, FS K. Schmidt, S. 1561, 1573, 1578; *Weller*, IPRax 2011, 429, 435.

¹⁰ *Kroeger*, Der Schutz der marktschwächeren Partei, S. 69; *Pulkowski*, Subunternehmer und Internationales Privatrecht, S. 42 ff.; *Reinhart*, FS Trinkner, S. 657, 667; *Sachse*, Der Verbrauchervertrag, S. 100 f.

¹¹ *von Hoffmann*, RabelsZ 38 (1974), 396, 401.

¹² Später zeigt auch *von Hoffmann*, IPRax 1989, 261, 266 Parallelen zwischen dem Schutz des Handelsvertreters und dem von Wohnraummieter auf.

¹³ Ein Überblick findet sich bei *Thorn*, FS K. Schmidt, S. 1561, 1573, 1577 f.

¹⁴ Zur Wirkung des § 307 BGB im Handelsverkehr: MünchKommBGB/*Basedow* § 310 Rn. 3 f.

¹⁵ MünchKommHGB/*von Hoyningen-Huene* Vor § 84 Rn. 16, 21.

¹⁶ Loi du 13 avril 1971 relative à la résiliation unilatérale des concessions de vente / Gesetz vom 13. April 1971 über die Kündigung von Vertragshändlerverträgen (deutsche Übersetzung abgedruckt in *Stumpf*, Der Vertragshändlervertrag, S. 245 ff.; im Überblick: *Stumpf*, RIW 1993, 542.

¹⁷ Rechtsvergleichend dazu: *Pulkowski*, Subunternehmer und Internationales Privatrecht, S. 61 ff.

vor.¹⁸ In den Vereinigten Staaten finden sich in vielen Einzelstaaten besondere Regelungen, die die Privatautonomie zugunsten von Franchisenehmern und Vertragshändlern einschränken.¹⁹

Die zunehmende Internationalisierung des Handelsverkehrs wirft die Frage auf, welche Folgen sich aus der Existenz eines solchen materiellrechtlichen Schutzes für das europäische Internationale Privat- und Verfahrensrecht ergeben. Indizien für dessen Berücksichtigung sind allgegenwärtig. In der Rom I-Verordnung finden sich mit Art. 4 Abs. 1 lit. e) und f) sowie Art. 7 Abs. 3 Bestimmungen, welche ausweislich der Verordnungsbegründung dem Schutze von Franchisenehmern, Vertriebshändlern und kommerziell tätigen Versicherungsnehmern, mithin eines als strukturell unterlegenen angesehenen Unternehmers, zu dienen bestimmt sind.²⁰ Während die Rom I-Verordnung zugunsten von Franchisenehmern und Vertriebshändlern nur im Falle des Fehlens einer Rechtswahl eingreift, wird der Versicherungsnehmer auch vor einer ihm ungünstigen Rechtswahl bewahrt. Der Europäische Gerichtshof hat ferner den von der Handelsvertreterrichtlinie vorgesehenen Ausgleichsanspruch als Eingriffsnorm qualifiziert und damit der Disposition der Parteien zulasten des Handelsvertreters entzogen.²¹ Die französische Cour de cassation sieht das französische Subunternehmergesetz als rechtswahlfest an;²² Entsprechendes gilt für das belgische Vertragshändlergesetz.²³ Die deutsche Rechtsprechung hält Gerichtsstandsvereinbarungen zugunsten von Drittstaaten für unwirksam, wenn die Nichtanwendung deutscher Eingriffsnormen durch das prorogierte Gericht zu befürchten ist.²⁴ Darüber hinaus findet sich im autonomen deutschen Recht eine Missbrauchskontrolle von Gerichtsstandsvereinbarungen, die den Anspruch erhebt, auch den unternehmerischen Rechtsverkehr zu regeln.²⁵ Im europäischen Internationalen Verfahrensrecht besteht mit den Art. 10–16 Brüssel Ia-Verordnung ein Schutzregime zugunsten auch des kommerziell tätigen Versicherungsnehmers. Auf diese Weise

¹⁸ MünchKommVVG/Looschelders § 210 Rn. 1.

¹⁹ Dazu ausführlich unten § 3B.II.

²⁰ Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über das auf vertragliche Schuldverhältnis anzuwendende Recht (Rom I), KOM(2005), 650 endg., S. 6; Erwägungsgründe 32, 33 Rom I-VO.

²¹ EuGH, Urteil vom 09.11.2000, Rs. C-381/98 (*Ingmar GB Ltd./Eaton Leonhard Technologies Inc.*), NJW 2001, 2007.

²² Cass. mixte, Urteil vom 30.11.2007, N° 06–14.006, D 2008, 5; Cass. civ., Urteil vom 30.01.2008, Bull. Civ. III Nr. 16; Cass. Civ., Urteil vom 08.04.2008, Urteil N° 07-10.763, Clunet 2008, 1075; Cass. civ., Urteil vom 25.02.2009, Urteil N° 07-20.096, Bulletin d'information n° 250.

²³ Siehe dazu Art. 6 Loi du 13 avril 1971 relative à la résiliation unilatérale des concessions de vente.

²⁴ So zuletzt OLG München, Urteil vom 17.05.2006, IPRax 2007, 322.

²⁵ BGH, Urteil vom 03.12.1973, VersR 1974, 470.

wird der materiellrechtliche Schutz des strukturell unterlegenen Unternehmers auch internationalzivilprozessrechtlich abgesichert.

Es finden sich damit zwar diverse Ansätze zum Schutz eines strukturell unterlegenen Unternehmers im Internationalen Privat- und Verfahrensrecht, diese bleiben jedoch Stückwerk. Zum einen ist unklar, welche Voraussetzungen erfüllt sein müssen, um einen Unternehmer als schützenswert anzusehen, zum anderen findet sich eine große Anzahl unterschiedlicher Regelungstechniken, die zum Schutz unterlegener Unternehmer angewandt werden. Dieser Befund weckt die Befürchtung, die unübersichtliche Rechtslage *de lege lata* könnte die Rechtssicherheit, eines der Primärziele des europäischen Internationalen Privat- und Verfahrensrechts,²⁶ im internationalen Handelsverkehr beeinträchtigen. Zugleich ist zweifelhaft, ob auf diese Weise ein Schutz der schwächeren Partei wirksam gewährleistet wird.

§ 2 Ziel der Arbeit und Gang der Darstellung

Diese Arbeit soll zum einen die unterschiedlichen Wirkungen von Schutzbestimmungen zugunsten strukturell unterlegener Unternehmer *de lege lata* im deutschen und europäischen Internationalen Privat- und Verfahrensrecht darstellen. Die jeweiligen Schutzmechanismen sollen auf ihre Wirksamkeit und die durch sie verursachte Belastung des Handelsverkehrs untersucht werden. Im Rahmen einer vergleichenden Betrachtung soll das US-amerikanische Recht herangezogen werden. In den Vereinigten Staaten entwickelte sich bereits in den 1960er Jahren ein Schutz insbesondere von Franchisenehmern und Vertriebshändlern. Es ist daher zu überprüfen, inwieweit das US-amerikanische Recht Gemeinsamkeiten zum europäischen Ansatz aufweist und ob das amerikanische Regelungsmodell Impulse für eine Neuordnung des europäischen Internationalen Privat- und Verfahrensrechts liefern kann. Hierauf aufbauend ist es weiteres Ziel dieser Arbeit, einen Vorschlag zur Systematisierung des Schutzes einer kommerziell tätigen, strukturell unterlegenen Partei *de lege ferenda* zu entwickeln.

In einem ersten Schritt soll zunächst eine Annäherung an den Begriff des strukturell unterlegenen Unternehmers unternommen werden. Zu fragen ist, aufgrund welcher faktisch-wirtschaftlichen Gegebenheiten es zur Unterlegenheit einer kommerziell tätigen Partei kommt und wie sich diese auf Vertragsverhandlungen und den Inhalt eines Vertrags auswirken kann. In einem knappen Überblick werden sodann beispielhaft materiellrechtliche Schutzbestimmungen zum Ausgleich struktureller Unterlegenheit im Handelsverkehr dargestellt, um den erforderlichen Hintergrund für die Betrachtung des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts zu bilden. Im Folgenden sind die Ziele

²⁶ Erwägungsgrund 6 Rom I-VO; Erwägungsgrund 15 Brüssel Ia-VO.

und Wertungen des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts zu ermitteln, die als Maßstab für die weitere Untersuchung dienen. Anschließend werden in einem ersten Schwerpunkt die verschiedenen Mechanismen des europäischen Internationalen Privatrechts zur Einschränkung der Privatautonomie im Handelsverkehr analysiert. Hierzu zählen zuvorderst die Sonderkollisionsnorm für Versicherungsverträge sowie die Begrenzung des Vertragsstatuts zugunsten international zwingenden Rechts. Die Untersuchung soll dabei zwischen der Durchsetzung von unionsrechtlichen und nationalen Eingriffsnormen unterscheiden. In einem zweiten Schritt wird die objektive Anknüpfung auf einen Schutz des strukturell unterlegenen Unternehmers hin untersucht. Es ist das Ziel dieses Abschnitts zu bewerten, inwieweit Schutzerwägungen zugunsten der schwächeren Partei wirken und möglicherweise andere Ziele des Internationalen Privatrechts, wie etwa das Auffinden des Sitzes eines Rechtsverhältnisses, beeinträchtigen.²⁷ Anschließend folgt die vergleichende Untersuchung der subjektiven wie objektiven Anknüpfung im US-amerikanischen Recht.

Einen zweiten Schwerpunkt der Arbeit bildet die Untersuchung des Internationalen Zivilverfahrensrechts. Zu untersuchen ist zunächst das vereinheitlichte europäische Internationale Zivilprozessrecht im Hinblick auf Versicherungssachen und die Existenz einer allgemeinen Missbrauchskontrolle. Mangels einer umfassenden unionsweiten Rechtsvereinheitlichung ist sodann auf das deutsche Internationale Zivilverfahrensrecht einzugehen. Die Betrachtung muss dabei zwischen der Überprüfung von Gerichtsstands- und der von Schiedsvereinbarungen differenzieren. Im Anschluss ist der europäischen bzw. deutschen Rechtslage wiederum die US-amerikanische gegenüberzustellen, um zu ermitteln, welchem Regelungsmodell es eher gelingt, einen effektiven Schutz der schwächeren Partei zu bewirken, ohne den Handelsverkehr unverhältnismäßig zu beeinträchtigen.

Auf den rechtsvergleichend gewonnenen Erkenntnissen aufbauend soll sodann ein Vorschlag zur Neuordnung des Schutzes des strukturell unterlegenen Unternehmers einen dritten Schwerpunkt der Arbeit bilden. Hierzu wird zunächst ein Versuch zur Definition des strukturell unterlegenen Unternehmers unternommen, um dann eine effiziente Regelung zu dessen Schutz auf Ebene des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts zu entwickeln.

²⁷ So die Befürchtung von *Lehmann*, FS Spellenberg, S. 245, 255; *Leible/Lehmann*, RIW 2008, 528, 535; *Weller*, IPRax 2011, 429, 436.